BISMARCK-ARNIM.

Wortlaut der historischen Correspondenz.

Ein verwickelter Federkrieg.

Diplomatische Finesse des Neunzehnten Jahrhunderts.

Angenehme Flegeleien und aristokratische Grobheiten.

Bülow und Arnim haben beide Recht.

Wir sind in der angenehmen Lage unseren Lesern den Wortlaut des historischen Briefwechsels zwischen Bülow und Arnim vorlegen zu können.

Bülow an Arnim.

Berlin, 6. Juli 1871.

Nachdem Ew. Excellenz durch Vermittlung des Grafen von Arnim-Schlagenthin im Ganzen 14 Erlasse und Concepte von Berichten, die dem Archive der kaiserlichen Botschaft in Paris entnommen waren, hier zurückgesandt haben, ist von dem kaiserlichen Botschafter Fürsten Hohenlohe die abschriftlich anliegende Liste der nach Vergleichung der Nummern im Botschafts-Journal daselbst nicht vorhandenen amtlichen Schriftstücke eingereicht worden. Hieraus ergiebt sich, daß noch eine bedeutende Zahl von politischen Erlassen und Berichten aus den Jahren 1872—1874, so wie andere auf den Geschäftskreis der dortigen Mission bezüglichen Mittheilungen überhaupt nicht im Journale der Botschaft eingetragen und im Archiv nicht mehr aufzufinden ist. Die Inhaltsangaben sind, soweit es noch geschehen konnte, aus den hiesigen Registraturen ergänzt worden.

Die Verantwortung

über den Verbleib dieser Schriftstücke trifft in erster Linie selbstverständlich den bisherigen Chef der Botschaft. Ew. Excellenz fordere ich daher auf gefälligst sich amtlich darüber zu äußern was Ihnen über das Fehlen dieser wichtigen Schriftstücke bekannt ist, eventuell umgehend diejenigen unter den im anliegenden Verzeichnisse aufgeführten Piecen, welche sich etwa noch in Ihren Händen befinden, dem Auswärtigen Amte zurückzustellen.

In Vertretung des Reichskanzlers.

v. Bülow.

Seiner Excellenz dem königlichen wirklichen Geheimen Rath Herrn Grafen von Arnim.

Arnim an Bülow.

Arnim's lange und erschöpfende Antwort, in der er sich weigert die vom Auswärtigen Amte geforderte offizielle Auseinandersetzung zu leisten, weil er nicht mehr in dienstlichen Beziehungen zum Kanzler stehe, ist schon im „Herald" veröffentlicht worden.

Bülow an Arnim.

Berlin, 5. August 1874.

Ew. Excellenz unterm 21. v. Monats als Privatschreiben an den ergebenst unterzeichneten Staats-Sekretär gerichtete gefällige Erwiderung auf den diesseitigen Erlaß vom 6. Juli, hat nur als ein amtliches Schreiben entgegen genommen und behandelt werden können.

Wenn nämlich Ew. Excellenz davon ausgehen, daß Ihre Beziehungen zum Auswärtigen Amte vollständig gelöst seien, so entspricht diese Annahme nicht dem Reichsbeamten-Gesetz, dessen Anwendbarkeit für diese Frage selbstverständlich ist, und überdies von Ew. Excellenz ausdrücklich eingeräumt wird.

Arnim's Verpflichtung.

Ew. Excellenz sind durch Allerhöchste Order, vom 15. Mai d. J., einstweilen in den Ruhestand versetzt, hiernach also, bei Verlust Ihres Wartegeldes, verpflichtet ein Ihnen übertragenes Reichsamt unter den gesetzlichen Voraussetzungen anzunehmen. Bis jene im Reichsamt unter einem andern Ressort Allerhöchst übertragen oder Ihre Entlassung aus dem Reichsdienst Allerhöchst verfügt wird, verbleiben Ew. Excellenz was Sie bis zur Versetzung in den Ruhestand waren, Beamter des Auswärtigen Amts, somit dessen amtlicher Aufsicht und Disciplinargewalt untergeben. Auch wenn Ew. Excellenz nicht das bei Versetzung in den Ruhestand gesetzliche Wartegeld angenommen oder weiter erheben wollten, würde in Ihren amtlichen Beziehungen zum Auswärtigen Amte eine Aenderung nicht eingetreten sein, welche weiter ginge, als das in Gemäßheit Allerhöchster Bestimmung des Auswärtigen Amts, einstweilen auf Ew. Excellenz Dienste verzichtet ist.

Gehorsam muß „Sind."

Diese Auffassung der Stellung eines in den Ruhestand versetzten Reichsbeamten ist seit Erlaß des Reichsbeamten Gesetzes in Theorie und Praxis anerkannt und durch das Gesetz selbst, schon durch die von Ew. Excellenz selbst citirten §§ 84—118, über jeden Zweifel erhaben, wäre letzteres möglich so würde § 119 dieselbe beseitigen, da ein Reichsbeamter nicht außer Beziehung zu der Behörde sein kann welcher er disciplinarisch unterstellt ist. Ew. Excellenz wollen ferner erwägen, daß die §§ 29—31 des maßgebenden Gesetzes die in Ruhestand versetzten Reichsbeamten „als Beamten" in den mannigfachsten Beziehungen ausdrücklich anerkennen.

Das Gesetz.

Andere Beamte aber, „als Reichsbeamte," kennt dies Gesetz so wenig als Beamte ohne eine derselben untergeordnete, Sr. Majestät dem Kaiser verantwortliche Behörde. Wenn Ew. Excellenz andeuten, daß Sie ohne Zwischen-Behörde lediglich zur Disposition des Kaisers, unseres Allergnädigsten Herrn ständen, so wird eine nähere Prüfung der Reichsverfassung, wie derjenigen des Königreichs Preußen, Sie überzeugen daß jeder Beamte zunächst dem verantwortlichen Minister, beziehungsweise dem Reichskanzler, verfassungsmäßig unterstellt ist. Die Behörde aber, zu welcher der in Ruhestand versetzte Beamte solche Beziehungen behält, ist und bleibt, bis eine Allerhöchste Order anderweitig verfügt, die frühere Behörde des Beamten.

Noch eine Dose.

Das Auswärtige Amt bedauert hinzufügen zu müssen, daß noch ein anderer Grund vorliegt, aus welchem Ew. Excellenz rechtlich behindert sind Ihre Unabhängigkeit, als durch das frühere Dienstverhältniß, nicht beschränkt zu betrachten.

Ew. Excellenz haben es nicht für erforderlich erachtet, beim Verlassen der Ihnen anvertrauten Botschaft, deren Archive dem interministischen Herrn Geschäftsträger zu übergeben, und dabei zu constatiren, daß dieselben in pflichtmäßiger Vollständigkeit und Ordnung von Ihnen abgeliefert wurde; Ew. Excellenz bleiben somit für die Vollständigkeit der Ihnen im Allerhöchsten Dienst anvertraut gewesenen Archivalien dem Auswärtigen Amte, nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, verantwortlich. Wenn nun Ew. Excellenz zwar in Folge der bei der ersten Entdeckung des Fehlens wichtiger Aktenstücke an Sie ergangenen Aufforderung die damals benannten ausgeliefert, auch jetzt wieder einige vermißte Concepte zurückgestellt haben, nunmehr aber die Behauptung aufstellen, daß die politischen Erlasse Nos. 224, 239, 271, 281 von 1872; Nos. 90, 102, 103, 104 von 1873 und Nos. 2, 6, 14, 33, 68, 69, 74, 93, 193 von 1874 als Personalacten

ihr Eigenthum sein,

so ist weder diese Behauptung, noch diejenige, daß eventualiter hierüber die Civilgerichte zu entscheiden haben, mit den maßgebenden Gesetzen vereinbar. Was zu den Bestandtheilen eines Reichsarchives gehört, wird nie Zweifel entstehen, nicht der Beamte dem dasselbe anvertraut war, sondern diejenige Oberbehörde zu entscheiden haben, welche derselbe für seine Amtsführung verantwortlich war und bleibt.

Schriftstücke welche in amtlicher Veranlassung und Form den Inhalt einer amtliche Verhältnisse und Pflichten berührende Correspondenz bilden, sind nicht Personal sondern amtliche Acten, somit Bestandtheile des Archivs.

Im vorliegenden Falle ist diese Eigenschaft um so weniger zu bestreiten, als die eben aufgeführten Stücke numerirt sind, d. h. für Absender und Empfänger in gegebener Reihefolge als amtlich bezeichnet sind.

Es wird immer besser.

Diese Betrachtungen sind so einfach, daß das Auswärtige Amt für jetzt auf die von Ew. Excellenz angeführten Motive nicht eingeht, und nur bemerket daß einem Missionschef unter Umständen gestattet sein mag einzelne Actenstücke ihrer politischen oder anderweitigen Beschaffenheit halber zu secretiren, diese Befugniß aber nicht länger dauert als, seine officielle Eigenschaft, somit dem Stellvertreter oder Nachfolger bei Verletzung amtlicher Pflicht das gesammte Archiv abzuliefern ist. Wenn nun in der Registratur des Auswärtigen Amts, respective der Botschaft in Paris und den Aussagen der betreffenden Beamten nachgewiesen werden kann, übrigens theilweise von Ew. Excellenz selbst eingeräumt wird, daß die noch fehlenden Papiere dem Archive der Botschaft entnommen oder gar nicht zugestellt sind, so werden Ew. Excellenz bei näherer Erwägung nicht verkennen, daß Ihr desfalliges Verhalten geeignet ist nicht nur ein disciplinarisches sondern auch ein strafrichtliches Verfahren nach sich zu ziehen.

Das Disciplinar-Verfahren.

Was eine Erörterung auf dem Wege des Civil-Prozesses angeht, so ergeben die nach § 19 des Reichsbeamten Gesetzes in vorliegendem Falle maaßgebende Vorschriften des preußischen Rechts über die Concepte der Gerichts- und Verwaltungs-Behörde, daß die Cognition den fraglichen Schriftstücken unbedingt ausgeschloßen ist. Dagegen begründet schon die Vorenthaltung, respective Entnahme, amtlicher Actenstücke aus dem Archive der Botschaft, wie solches hier vorliegt und unerachtet amtlicher Aufforderung fortgesetzt wird, die Einleitung des im Reichsbeamten Gesetz vorgeschriebene, auch gegen den in Ruhestand versetzten Beamten zuläßige Disciplinar-Verfahren. Außerdem ist nach der Bestimmung des preußischen Strafgesetz-Buches (Seite 345) ein Beamter strafbar welcher eine ihm amtlich anvertraute Urkunde bei Seite schafft; nach § 350 wenn er Geld oder andere Sachen unterschlägt. Auch wenn es fraglich sein sollte ob die Depeschen und Actenstücke einer Gesandtschaft, Urkunden in der technischen Bedeutung des Worts sein (was das königlich preußische Obertribunal annimmt), so kann es nach §§ 133 und 246 des genannten Gesetzbuches nicht bezweifelt werden, daß jeder Gegenstand der einem Beamten anvertraut war zu denjenigen gehört deren Unterschlagung strafbar macht.

Ein herber Schluß.

Wenn also die Strafbarkeit der Beiseiteschaffung von Archiven objectiv feststeht, so sind Ew. Excellenz nicht dem Civil- sondern dem Strafrechte für die vollständige Ablieferung der in Ihrem Gewahrsam befindlich gewesenen Archivalien verantwortlich. Indem das Auswärtige Amt für die in dieser Veranlassung zu fassende Entschließung die Bestimmungen des Herrn Reichskanzlers in alle Wege vorbehält, bestätigt dasselbe Ew. Excellenz den Empfang der bereits erwähnten Concepte zu Ihren politischen Berichten aus Paris, Nos. 131, 132, 133, aus dem Jahre 1873.

Der Staats-Secretair des Auswärtigen Amts,

v. Bülow.

An den Königlichen wirklichen Geheimen Rath Herrn Grafen v. Arnim, Excellenz, Nasserheide.

Arnim an Bülow.

Nasserheide den 5. August 1874.

Ew. Excellenz vom 5. August dictirtes, von mir bei meiner Rückkehr vorgefundenes geneigtes Schreiben, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich würde dasselbe unerwidert lassen, wenn ich nicht besondere Gründe hätte, über meine Stellung zur Sache keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Ew. Excellenz haben mein Privatschreiben als ein amtliches entgegen zu nehmen und behandeln zu müssen geglaubt.

Kann ihn nicht hindern.

Ich kann Ew. Excellenz daran nicht hindern. Ich habe indessen die Ehre zu erklären, daß meine Auffassung unserer gegenseitigen Beziehungen nicht geändert werden kann. Ich fahre fort zu behaupten, daß das Auswärtige Amt nicht eine mir vorgesetzte Behörde ist.

Die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Reichsbeamten sind eine Categorie von Personen, welche auf Grund ihrer früheren Functionen und im Hinblick auf die Functionen zu welchen sie berufen werden können, dem Reiche gegenüber Rechte und Pflichten haben, deren Umfang durch das Gesetz vom 31. März 1873 genau bezeichnet ist.

Freie Staatsbürger.

Außerhalb der vom Gesetze gezogenen Linie sind diese Personen vollständig freie Staatsbürger. Namentlich geht dies hervor aus dem § 119. Ew. Excellenz berufen sich auf denselben, um nachzuweisen, daß meine Auffassung unbegründet ist. Ich aber bin der Meinung, daß der § 119 meine amtlichen Beziehungen zum Auswärtigen Amte für vollständig gelöset erscheinen läßt, und daß namentlich jede disciplinarische Gewalt des Auswärtigen Amtes mir gegenüber vollständig aufgehört hat. Der § 119 stellt fest, daß die §§ 84—118 auch auf den in einstweiligen Ruhestand gesetzten Reichsbeamten Anwendung finden.

Die §§ 72 bis 73 finden aber auf denselben keine Anwendnng. Es sind dieses die einzigen §§ durch welche die vorgesetzte Behörde mit Mitteln zur Bethätigung ihrer Disciplinargewalt ausgerüstet wird.

Das preußische Disciplinar-Gesetz.

Das preußische Disciplinargesetz stellt die Beamten in dieser Beziehung ungünstiger, und ich glaube daß die Aenderung, welche in dem Reichsbeamten Gesetze stattgefunden hat, ihren Ursprung dem Zwecke verdankt den Reichsbeamten nach seiner Versetzung in den Ruhestand gegen tendentiöse Verfolgung Seitens seiner früheren Vorgesetzten zu schützen. Ew. Excellenz suchen die Unhaltbarkeit meiner Auffassung durch die Behauptung nachzuweisen, daß das Gesetz keine Beamten ohne einen denselben übergeordnete Behörde kenne, und daß die Behörde, zu welcher der in Ruhestand versetzte Beamte solche Beziehungen behält, die frühere vorgesetzte Behörde des Beamten sei.

Dieser Ausspruch

steht mit den klaren Bestimmungen des Gesetzes in Widerspruch, und ich brauche kaum darauf hinzuweisen wie unmöglich es sein dürfte eine vorgesetzte Behörde, z. B. für den in einstweiligen Ruhestand versetzten Reichskanzler, ausfindig zu machen.

Nach den Bestimmungen des Reichsbeamten-Gesetzes ist die Disciplinargewalt über den in einstweiligen Ruhestand gesetzten Beamten auf die Disciplinar-Kammern und den Disciplinar-Hof übergegangen, auf dessen Thätigkeit die obere Reichsbehörde und in einem Ausnahmefalle (§ 85) auch die in § 80 genannte Behörde einen theils verbindenden, theils in die Verhandlung eingreifenden Einfluß üben.

Ein Verhältniß, wie es zwischen Vorgesetzten und Untergebenen besteht, wird hierdurch zwischen der genannten Reichsbehörde und den Reichsbeamten nicht begründet.

„Nicht richtig."

Hierin wird auch dadurch nichts geändert, daß das Auswärtige Amt glaubt Ansprüche an mich geltend machen zu können, welche aus der Zeit herrühren wo ich im activen Dienste war. Denn selbst wenn ich bereits pensionirter Beamter wäre würde das Recht des Auswärtigen Amtes seine Reclamation auf dem Rechtswege zu verfolgen nicht aufgehoben werden können. In Betreff der übrigen Rechtsauffassungen, welche ich in dem geehrten Schreiben vom 3ten v. M. fand, habe ich nur zu erklären, daß ich dieselben nicht für richtig halte. Ich verzichte aber auf jede Polemik, weil ich kein Interesse habe, einem disciplinarischen oder einem eventuell einzuleitenden Strafverfahren vorzubeugen.

Ich benutze auch diesen Anlaß ꝛc.

v. Arnim.

An Seine Excellenz den Staats-Secretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow.

THE TRANSLATION.

Bismarck-Arnim—Full Text of the Famous Correspondence—A Complicated Paper War—Diplomatic Finesse of the Nineteenth Century—Mutual Insults and Aristocratic Rudeness—Bulow and Arnim Are Both Right!

We are in the gratifying position to lay before our readers the full text of the historical correspondence between Bülow and Arnim:—

BULOW TO ARNIM.

BERLIN, July 6, 1874.

After Your Excellency had returned, through the medium of Count Arnim Schlagenthin, altogether fourteen edicts and draughts, which were taken from the archives of the Imperial Legation in Paris, the Imperial Ambassador, Prince Hohenlohe, presented a list (a copy of which is inclosed) of the official documents which, after a comparison of the numbers in the records of the Legation, were found to be missing. It still appears that a considerable number of political edicts and reports of the years 1872—1874, and other communications relative to the business of that mission, were never entered on the records of the Legation, and are no longer to be found among the archives. The statement of their contents has been completed, as far as possible, by reference to the register of this office.

THE RESPONSIBILITY.

It is self-evident that the responsibility for the absence of these documents rests, first of all, with the former chief of the Legation. I, therefore, demand from Your Excellency an official explanation as to your knowledge of these missing documents, and that you return forthwith to the Foreign Office those of the inclosed list which may still be in your possession,

For the Imperial Chancellor.

V. BULOW.

To His Excellency the Royal Intimate Counsellor Count Von Arnim.

ARNIM TO BULOW.

Arnim's lengthy and exhaustive answer, in which he declines to give the official explanation demanded by the Foreign Office, on the ground that he had no longer the honor of holding official relations with the Chancellor, has already been published in the HERALD.

BULOW TO ARNIM.

BERLIN, August 5, 1874.

The reply to my letter of July 6 which Your Excellency kindly addressed, under date of the 21st, to the undersigned State Secretary as a private communication, could only be received and treated as an official document.

The view expressed by Your Excellency that your relations to the Foreign Office had entirely ceased is not in harmony with the law relating to imperial officials, whose applicability in this instance is self-evident, and has also been freely admitted by Your Excellency.

ARNIM'S DUTY.

Your Excellency was temporarily retired by the most high imperial order of May 15, and consequently obliged, under penalty of losing your "waiting salary," to accept an imperial office which might be conferred upon you under the legal presumptions. Until these have been graciously transferred by the imperial government to another department, or until the most high authority ordains your dismissal from the imperial service Your Excellency remains—what you were up to your retirement—an official of the Foreign Office, hence subjected to its official supervision and disciplinary power. Even if Your Excellency had not chosen to accept the legal "waiting salary" incident to your retirement, or to claim it any longer, there would have been no change in your relations to the Foreign Office, except that by the most high order of the Foreign Office, the services of Your Excellency had been temporarily dispensed with.

OBEDIENCE NECESSARY.

This view of the position of a retired official of the Empire has been acknowledged in theory and practice since the publication of the law relating to imperial officials and placed beyond doubt by the law itself—in fact, even by the paragraphs 84 to 118, quoted by Your Excellency. Were your view the correct one then section 119 would overthrow it, as an official of the Empire cannot be freed from his relations to an authority to whom he is subject in a disciplinary point of view. Your Excellency will, moreover, consider that sections 29 to 31 of the law in question explicitly recognize the retired officials as "officials" in the most diversified relations.

THIS LAW

neither recognizes officials other than "officials of the Empire," nor does it recognize officials not subject to an authority responsible to His Majesty the Emperor. When Your Excellency hints that you are merely at the disposition of the Emperor, our most gracious master, without recognizing an authority between, then an examination of the imperial constitution as well as of that of the Kingdom of Prussia will convince you that every official is, first of all, subordinate to the responsible Minister, respectively to the Chancellor of the realm. And the authority with which the retired official maintains these relations is and remains—until a most high order provides differently—the former authority of the official.

STILL ANOTHER DOSE.

The Foreign Office regrets to be compelled to add another reason why Your Excellency is legally prevented from considering your independence as not being restricted by your former subordinate relations.

Your Excellency did not consider it necessary, when you left the mission which had been confided to you, to transfer the archives to the temporary Charge d'Affaires and to state, at the same time, that they were delivered by you in that complete and orderly condition which duty prescribed. Hence Your Excellency remained responsible to the Foreign Office for the completeness of the archives intrusted to you in the most high service according to the general principles of the law. Now that Your Excellency, in consequence of the demand resulting from the first discovery of missing documents of importance, has delivered the then named papers, and also again returned a few of the missing drafts, and maintains that the political edicts Nos. 224, 239, 271, 281 of 1872, 90, 102, 103, 104 of 1873, 2, 6, 14, 33, 68, 69, 74, 93, 193 of 1874

ARE YOUR PROPERTY,

being private letters, the Foreign Office is compelled to state that neither this assertion nor the other evoking the eventual decision of the civil courts can be reconciled with the respective laws. What belongs to the archives of an Imperial Legation will, in case of doubts arising, not be settled by the official to whom it was intrusted, but by that superior authority to which he was and remains responsible for his official conduct.

Papers which, in official business and form, constitute the contents of a correspondence touching upon official relations and duties are not private but official documents, and hence belong to the archives.

In the present case this demonstration can be the less impugned as the papers quoted above are numbered—*i. e.*, officially marked—in their order of succession, both for the sender and receiver.

BETTER AND BETTER.

These considerations are so simple that the Foreign Office does not for the present enter into the motives asserted by Your Excellency, and simply remarks that the chief of a foreign mission is permitted, under certain circumstances, to secrete some papers, owing to their political or other significance, but that this right ceases with the end of his official term, and consequently that he is bound, on pain of being considered guilty of a violation of his duty, to deliver the entire archives to his representative or successor. If it can be proved from the register of the Foreign Office, in regard to the Legation in Paris, and from the statements of the officials in question—what, however, has even partially been admitted by Your Excellency—that the still missing papers were either taken from the archives of the Legation or never placed among them, Your Excellency will not deny, after mature deliberation, that your conduct in this matter is apt to necessitate not only a disciplinary but also a criminal proceeding.

THE DISCIPLINARY PROCEEDING.

As far as an explanation by way of a civil suit is concerned, the provisions of the Prussian law which, according to section 19 of the law relating to officials of the Empire, are to be applied to the present case and to papers of courts and administrative authorities, exclude the recognition of the respective documents. On the other hand, the very appropriation or abstraction of official papers from the archives of the Legation, such as is presented in this case and still continued, requires the institution of the disciplinary proceeding, as provided by the law relating to officials of the Empire; also against retired officials. Besides, according to the provisions of the Prussian criminal code, page 345, an official is punishable who removes a document officially intrusted to him, and, according to section 350, if he embezzles money or other things. Even if it should be questionable whether despatches and papers of a legation are documents in the technical meaning of the word (as the Royal Prussian Supreme Tribunal assumes) there can, nevertheless, be no doubt, in view of sections 133 and 276 of the Code, that everything confided to an official belongs to the class to which the punishment for embezzlement applies.

A SEVERE FINALE.

If, then, the criminality of the removal of archives is established, Your Excellency is responsible to the criminal and not to the civil law for the complete surrender of the papers in your possession. While the Foreign Office reserves to the Chancellor of the Empire the action required by the case, it acknowledges the receipt from Your Excellency of the above quoted draughts of your political reports from Paris, Nos. 131, 132, 133, of the year 1873.

V. BULOW,

State Secretary of the Foreign Office.

To His Excellency the Royal Actual Intimate Counsellor Count Von Arnim.

ARNIM TO BULOW.

NASSERHEIDE, August 11, 1874.

I have had the honor to receive upon my return the kind letter of Your Excellency, dated August 5.

I should leave it unanswered if I had not special reasons for avoiding all doubts as to my position in this case. Your Excellency has felt constrained to take my private letter as an official one, and so to treat it.

HE CANNOT HELP IT.

I cannot prevent Your Excellency from doing this. However, I have the honor to declare that my view of our mutual relations cannot be changed. I continue to maintain that the Foreign Office is not my superior authority.

The temporarily retired officials of the Empire are a class of persons who, in view of their former functions and of those which may be imposed upon them, have rights and duties in regard to the Empire the extent of which is marked exactly by the law of March 31, 1873.

FREE STATE CITIZENS.

Beyond the line drawn by the law these persons are entirely free citizens of the State, which appears more especially from section 119. Your Excellency refers to it in order to prove that my view is incorrect, but I am of the opinion that section 119 makes my relations with the Foreign Office appear as having completely ended, and that I have, more particularly, ceased to be subject to its disciplinary power. Section 119 declares that sections 84 to 118 apply also to temporarily retired officials of the Empire.

Sections 72 to 73, however, do not apply to them. These are the sole sections by which the superior authority is endowed with means for the manifestation of its disciplinary powers.

THE PRUSSIAN DISCIPLINARY LAW.

The Prussian Disciplinary law places the official in a more disadvantageous position, and I believe that the change which has taken place in the Imperial Officials' law can be traced back to the desire for protecting the official after his retirement from persecution prompted by political motives. Your Excellency seeks to prove the incorrectness of my view by the assertion that the law does not recognize an official without his superior authority, and that the authority to which he still holds these relations is the one to which he was formerly subject.

THIS DECLARATION

contradicts the clear provisions of the law, and I scarcely need to point out how impossible it would be, for instance, to find a superior authority for the temporarily retired Chancellor of the Empire.

According to the provisions of the law relating to imperial officials the disciplinary power over the temporarily retired officials has been transferred to the Disciplinary Chambers and the Disciplinary Court, and their decision can be actively influenced by the superior authority of the Empire, as well as in an exceptional case (section 85) by the authority named in section 80.

A relationship such as exists between the superior and subordinate is thereby not created between the beforenamed authority and the official.

"NOT CORRECT."

This is not changed by the circumstance that the Foreign Office believes to have claims upon me, arising out of the time when I was in active service. For, even if I were a pensioned official, the Foreign Office would not lose its right to enforce its claims by the arm of the law. As far as the other legal views contained in the esteemed letter of the fifth of this month are concerned, I have only to declare that I do not consider them correct. However, I desist from any further polemics, as I have no interest in preventing the institution of a disciplinary or a criminal proceeding.

I avail myself of this opportunity, &c., &c.,

ARNIM.

His Excellency the State Secretary of the Foreign Office, HERR VON BULOW.

AUSTRIAN JOURNALISTS DEFIANT.

The Editors in Vienna Not Compelled to Tell Where They Received Their Von Arnim Information.

BERLIN, Nov. 11, 1874.

The Municipal Tribunal of this city requested the Provincial Court of Vienna to insist, by coercive measures, upon Herren Hauser and Lecher, editors of the *Presse*, giving evidence as to the source from which the Von Arnim despatches, published in that paper, were obtained, since the Austrian penal code sanctioned such a course in important cases.

The Vienna Court, however, declined to so act, observing that, "although the matter was important to Prussia it was not to Austria."

VON ARNIM'S UNDER SECRETARY.

Explanation as to His Voluntary Return to Europe.

CINCINNATI, Nov. 11, 1874.

The St. Louis *Globe* will to-morow publish a card from the man Lonergan who induced the alleged Under Secretary to return to Europe without extradition papers. The writer says:—

"It would be so manifestly improper for me to make public the names and circumstances communicated in professional confidence that no apology for my reticence is necessary. I only wish to state that the person alluded to was not illegally arrested, was not under duress at all, but that his migration was purely voluntary. This the public has a right to know, and of this it can rest assured."

NAVAL INTELLIGENCE.

Orders and Assignments.

WASHINGTON, Nov. 11, 1874.

Commander Oscar F. Stanton has been ordered to the Navy Yard at Norfolk, Va., as senior aid to the Commandant; Commander William Whitehead has been ordered as Lighthouse Inspector of the Thirteenth Lighthouse district; Lieutenant Franklin Harreford and William P. Potter have been ordered to the receiving ship Vermont, at New York; Commander S. Livingston Breese has been detached from the New York Navy Yard and ordered to the command of the Ossipee, at Samana Bay, St. Domingo; Commander Francis M. Ramsay has been detached from the command of the Ossipee and ordered to return home; Master Martin E. Hall has been detached from the Asiatic station and placed on waiting orders; Assistant Paymaster George A. Baring has been ordered to the Triana, at Washington, D.C., in place of Assistant Paymaster J. W. Jordan, detached from that vessel and ordered to the Navy Yard at Pensacola for duty in charge of the accounts of ironclads at that place.

THE ENVELOPE CONTRACT.

A Statement from Mr. J. G. Batterson.

HARTFORD, Conn., Nov. 11, 1874.

TO THE EDITOR OF THE HERALD:—

The statements made to your reporter by Mr. George H. Reay, touching the envelope contract, in so far as they relate to the Postmaster General or to myself, are in all respects untrue. The Postmaster General does not own the building and never did. He is not a partner of mine and never was. He has no interest in the contract directly or indirectly; neither have I. There was no contrivance, plan or arrangement against Reay, and he has no one but himself to blame for the extravagance and folly which have caused his misfortunes.

J. G. BATTERSON.

THE NEW DIOCESE IN JERSEY.

To-day will be an important one for New Jersey Episcopalians. The formal division of the State into two dioceses will be effected. Two conventions will be held—one at Grace church, Newark, and the other in Burlington. In the latter a bishop will be chosen; in the former a standing committee and a name for the diocese. Both divisions are about equal in population, though the Northern or Newark diocese contains less area and more wealth. Bishop Odenheimer will preside over the Newark convention.

CROTON WATER IN THE TWENTY-THIRD WARD.

The connections of the Croton water main, placed under Harlem River on the 8th inst. between Second avenue and Lincoln avenue, have been made, and the Croton water turned through the same. The residents of the Twenty-third ward have to-day (Thursday) the first tangible benefit resulting from annexation in now having the Croton water brought to their doors. Fire hydrants have been placed on the corners of Third avenue, and the facilities for the extinguishment of fires will be very greatly increased. The promptness and thoroughness with which the work has been done is creditable to the Engineer and the Department of Public Works.